



Gruppe PRO Deutschland im Rat der Stadt Remscheid
Lange Str. 33 - 42857 Remscheid

Herr Oberbürgermeister
Burkhard Mast-Weisz
Theodor-Heuss-Platz 1
42853 Remscheid

Remscheid, den 08. Januar 2017

Es schreibt Ihnen
Andre Hüsgen

Telefon
(02191) 3 74 25 80

E-Mail
ratsgruppe.remscheid@pro-deutschland.net

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie unseren Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Integrationsrates am 12. Januar 2017 und der Sitzung des Remscheider Rates am 9. Februar 2017.

Antrag : Einfrierung der Fördermittel für die Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. (DITIB) im Rahmen des Programms Stadtumbau West

Der Rat der Stadt appelliert an die Bezirksregierung Düsseldorf, die Fördersumme in Höhe von 334.650 Euro für die Gestaltung des Außenbereichs der geplanten DITIB-Repräsentativ-Moschee an Stachelhauser Straße/Weststraße nicht auszuzahlen, solange deutsche Behörden Grund haben, die DITIB als zweifelhafte Islam-Organisation einzustufen.

Begründung

Wegen der türkisch-staatlichen Finanzierung ihrer Imame gilt die DITIB als ein Teil der Gefolgschaft des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan. Erdogan steht vor der Weltöffentlichkeit aus diversen Gründen im Ruf, sein Heimatland am Bosphorus von einem Rechtsstaat mit Defiziten in eine zumindest autoritäre Diktatur radikal-islamischer Prägung zu wandeln. Dies ist nach Auffassung der Antragstellerin eine besorgniserregende Entwicklung, die auch vor Ort nicht ausgeblendet werden darf.

Ferner ist kritisch anzumerken, dass die DITIB auf Landesebene erst im September letzten Jahres aus einer Anti-Salafismus-Kooperation mit dem Innenministerium Nordrhein-Westfalen entlassen wurde, weil sie einen Comic verbreitet, in dem der Märtyrertod nach islamischem Verständnis verherrlicht wird. Sogar dem als islamophil geltenden Innenminister Ralf Jäger (SPD) ging das zu weit. Wenn trotzdem Baumaßnahmen an der Remscheider DITIB-Repräsentativ-Moschee aus Steuergeldern gefördert werden, könnten aus Sicht der Antragstellerin genauso gut Renovierungs- oder Umbaumaßnahmen an der Moschee der türkisch-extremistischen „Graue Wölfe“-Bewegung, die nur wenige Meter entfernt an der Freiheitstraße 72 liegt, aus dem Fördertopf Stadtumbau West finanziert werden.

Mit freundlichen Grüßen
Andre Hüsgen
Ratsgruppensprecher